

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich	20 Rmk.	— 28
Halbjährlich	11 " "	— 13
Vierteljährlich	6 " "	— 7

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

BRÜSSEL : 9, rue du Pilote.
LONDON : Scherzer, Rose Street, 8,
Greek Street, Soho Square W.
NEUMUNSTER-ZÜRICH : Volksbuchhandlung
Für AMERIKA : F. A. Sorgo, Hoboken,
New-Jersey.

Die Laterne



VON

Carl Hirsch.

Preis der Nummer :

40 Pfennig. — 50 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION : 9, RUE DU PILOTE.
Brüssel.

Die Laterne

von

Carl Hirsch,



Vor einigen Tagen suchte ein Berliner
 offizielles Blatt die Schwankung des
 Fürsten Bismarck aus dem freihändler-
 ischen in das schutzzöllnerische La-
 ger folgendermassen zu rechtfertigen:

„Der Kanzler thut immer das Gegen-
 theil von Dem, was Frankreich that.
 Er war Freihändler, so lange Frank-
 reich Schutzzöllner war. Von dem Mo-
 mente an, wo die Republik die indirek-
 ten Steuern über Bord zu werfen be-
 ginnt, fischen wir dieselben auf.“

9121 ... 1871 ...

Darin liegt Consequenz. Nun begreife ich, warum Fürst Bismarck mit der ultramontanen Partei von Macht zu Macht unterhandelt und dem Papst Abschlagskonzessionen macht: Frankreich hört auf, den Klerikalen dienstbar zu sein. Die Jesuiten austreiben, war gut, als sie in Frankreich das grosse Wort führten. Wenn sie drüben die Güter der toten Hand verloren und über die Grenze geschafft worden, wird man sie bei uns mit Pauken und Trompeten einholen und ihnen ihre Güter mit Zinsen zurückerstatten.

Jetzt ist mir auch klar, wesshalb der Bundesrath dem Zollprojekt, das neben seiner verheerenden finanziellen Wirkung das einzige Gute an sich hat, die Kleinstaaten unwiderrüchlich zu mediatrisiren, schließt die geringste Schwierigkeit in den Weg legt.

Er hätte es bequem gehabt, Deutschlands Wohlthäter zu spielen, indem er den Steuerplan der Reichskanzlei vor Aller Augen als einen volksfeindlichen zurückgewiesen und an dessen Stelle eine tüchtige Verminderung der Militärausgaben vorgeschlagen hätte. Viele Menschen würden gesagt haben:

„Es ist doch noch etwas Gutes an den kleinstaatlichen Regierungen. Bismarck wollte, den Bundesrath zu einem Amt von Senat oder Herrenhaus, hingedrückt, die Regierungen sind geschickter auf diese Rolle eingegangen, und ihr Senat ist diesmal weisunglos gewesen als der Reichstag. Wie gut, dass es einen Bundesrath gibt!“

Mit einem solchen Streiche, würden sich die Kleinstaaten ihre Existenzberechtigung um mindestens zehn Jahre prolongirt haben. Gewiss ein Unglück vom Standpunkte der deutschen Einheit aus, allein dieses Unglück würde durch die Verminderung der Militärausgaben

und die dadurch vermehrten Friedensaussichten reichlich aufgewogen worden sein.

Allein die Rättholder kleinon deutschen Fürsten kümmern sich weniger um das Interesse der ihnen anvertrauten Gemeinwesen, als um die Wünsche Bismarcks. Sie eskompiren bereits den Moment, in welchem man ihre Herren ganz zur Ruhe setzt und alle Würden in Berlin erschlichen werden müssen. Wenn sie heute also allen Phantasien des Kanzlers beistimmen, so gleichbi sie einem Hausarzt, der den alten Patienten, dem er helfen soll, in die Seligkeit befördert, um den Erben gefällig zu sein.

Möge das Kaiserreich alle diese wackeren Bundesrätth zu Direktoren seiner zahlreichen Verwaltungen machen, er wird gut bedient werden!



Wenn Fürst Bismarck bei der Auswahl seiner Mitarbeiter bloß auf Unzuverlässigkeit sehen würde, so könnte er schwerlich bessere finden, als diese Hofdiener, in deren Familien die Intrigue erblich ist, und deren würdige Ahnhoren schon, nach den Untertanen, die Souveräne verkauft.

Allein, aussor diesem Erforderniss scheint der Kanzler für die Leitung der Reichsgeschäfte auch etwas Intelligenz zu verlangen, und die dürfte bei jenen so wenig zu finden sein, als eine Laterne bei einem Gardeleutenant.

Die Reichsregierung wird also eines Tages arg verlogen sein, wie sie die treuen Dienste aller dieser gehobnen Patrioten, auf deren Brust kein Orden mehr Platz hat, belohnen soll.

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand, allein Bismarck ist eben kein Gott, Zudem sind für die jetzigen und künftigen Reichsämtter bereits genug preussische Kandidaten vorhanden, die in erster Linie bedacht werden müssen.

Binnen Kurzem wird also bezüglich

und die dadurch vermehrten Friedens-
aussichten reichlich aufgewogen wor-
den sein.

Allein die Rätthe der kleinen deutschen
Fürsten kümmern sich weniger um das
Interesse der ihnen anvertrauten Ge-
meinden, als um die Wünsche Bis-
marcks. Sie eskompiren bereits den
Moment, in welchem man ihre Herren
ganz zur Ruhe setzt und alle Würden in
Berlin erschlichen werden müssen.
Wenn sie heute also allen Phantasien
des Kanzlers beistimmen, so giebt
sie einem Hausarzt, der den alten Pa-
tienten, dem er helfen soll, in die Selb-
stigkeit befördert, um den Erben gefällig
zu sein.

Möge das Kaiserreich alle diese wak-
keren Bundesrätthe zu Direktoren seiner
zahlreichen Verwaltungen machen, er
wird gut bedient werden!



Wenn Fürst Bismarck bei der Auswahl
seiner Mitarbeiter bloß auf Unzuver-
lässigkeit sehen würde, so könnte er
schwerlich bessere finden, als diese Hof-
diener, in deren Familie die Intrigue
erblich ist, und deren würdige Ahnen
schon, nach den Untertanen, die
Souveräne verkauft.

Allein, ausser diesem Erforderniss
scheint der Kanzler für die Leitung der
Reichsgeschäfte auch etwas Intelligenz
zu verlangen, und die dürfte bei jenen
so wenig zu finden sein, als eine Laterne
bei einem Gardelieutenant.

Die Reichsregierung wird also eines
Tages arg verlegen sein, wie sie die
treuen Dienste aller dieser gehobnen
Patrioten, auf deren Brust kein Orden
mehr Platz hat, belohnen soll.

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er
auch den Vorstand, allein Bismarck ist
oben kein Gott. Zudem sind für die jetzi-
gen und künftigen Reichsämter bereits
genug preussische Kandidaten vorhan-
den, die in erster Linie bedacht werden
müssen.

Binnen Kurzem wird also bezüglich

seiner kleinstaatlichen stillen Mitarbeiter der Reichsregierung dieselbe Schwierigkeit auftauchen, welche die Sandsteingruppen der Königsbrücke verursachen; wo bringt man sie unter?

Die klugen Männer des Kanzlers haben jedoch den Fall vorgesehen. Hatton nicht die französischen Kaiserreiche einen gutbezahlten Senat, in welchem sie alle überflüssig gewordenen Grössen aufbewahrt? Es versteht sich von selbst, dass wir, wie in Allem, so auch hierin, den Präcedenten treu bleiben. Schaffen wir also einen Senat.

Vorerst spricht man blos von einem „volkswirtschaftlichen Senat“. Das verdeckt die Frage. Man kann sich dabei ohne wissenschaftliche Vereinigung denken. Dass Volkswirtschaft und Politik eine und dieselbe Sache sind, nur von

verschiedenen Seiten aufgefasst, das weiss ja noch nicht Jedermann; wenn Fürst Bismarck also durch die rheinischen Schützengelder die Idee eines „volkswirtschaftlichen Senats“ ventiliren lässt — sie hat es nöthig — so wird die Welt nicht merken, dass man eine Körperschaft in das Verfassungsloben des Staates einführt, die noch serviler sein wird, als Reichstag und Bundesrath zusammen und die deshalb beide entbehrlieh machen soll.

Merken werden es nur die Mitglieder des Reichstags und des Bundesraths; diese werden aber so höflich sein, es sich nicht merken zu lassen.



Welcher Moment wäre für die Errichtung eines Senats günstiger als der jetzige, in welchem die Franzosen dem ihrigen die reaktionärsten Zähne ausgebrochen haben?

Für einen Senat, wie ihn das deutsche

Reich braucht, würden heute aus Versailles Prachtexemplare von Senatoren für ein Spottgeld zu beziehen sein.

Ich habe mich nach den Courson erkundigt, zu welchen man uns die bisherigen, am 5. Januar durchgefallenen konservativen Senatoren ablassen würde, und folgende Offerte erhalten:

Behle	Frcs. 12.—
Depeyre	" 16 50
De Meaux (m. Vatermördern)	" 18.—
Plichon	" 9.—
Belcastel (Unicum)	" 45.—
Grivart	" 14.—
General Loysel	" 34 —
Marschall Canrobert	" 4 50
Daru (gut für Enqueten aller Art)	" 11.—

u. s. w., u. s. w.



Einsteuillon tauscht der Kanzler immer mehr Liebenswürdigkeiten mit den Schutzzöllnern aus und benützt Jede Gelegenheit, um sein Bekenntriss auf offenem Markte zu ornouern: Brief an den Bundesrath, Brief an den Tarifausschluss, Brief an die Ledermasse, etc.

Dieser Glaubenssifer bezwockt, die Schutzzöllner zu einem Schiboleth der Reichstreue zu machen. Auch sieht man aus der andächtigen Wuth, mit der die Landrathsprosse die Bismarck'schen Offenbarungen kommentirt, dass es sich nicht blos darum handelt, sie in Dogmen zu verwandeln (wozu ihre Abstridität sie vorzüglich eignet), sondern auch binnon Kurzem, bei dem neuen Reichstagswahlen, sie als Waffe in dem Vortilgungskrieg gegen die Ungläubigen zu handhaben.

Die Berliner Oskioßen würden übrigens die Auflösung des Reichstags nicht ankündigen, wenn sie nicht bereits beschlossen wäre. Man vorgesse nicht, dass diese Leute an den Thüren horchen.



Was das Schreiben des Kanzlers an die Lederinteressenten betrifft, so uirt von demselben eine neue Aera der Kulturgeschichte. Es vermehrt die Menschenrechte um eines, welches die oberflächlichen Franzosen nicht zu entdecken vermochten: das Recht auf die Kundschaft seiner Mitbürger.

Als deutscher Lederindustrieller (früher sagte man Gerber) habe ich das Recht, alle Schuhmacher und Gürtler zu zwingen, mein Leder besser und preiswürdiger zu finden, als das ausländische, — das ist die grosse, bisher verdeckte Wahrheit, die enthält zu haben, das ewige Verdienst Bismarck's bleiben wird.

Suchen wir einige Consequenzen aus diesem neuen Rechte zu ziehen. Jedem Rechte steht eine Pflicht gegenüber. Wenn es eine Pflicht des Patriotismus für den Schuster ist, nur Euer Leder zu verarbeiten, und wenn die Gesetzgeber die Mission haben, ihm

diese Pflicht mittels eines erhöhten Zolltarifs einzutrichtern, so begeht ihr einen göttlichen Landesverrath", um im Stile der Norddeutschen Allg. zu reden, indem Ihr amerikanische Häute verarbeitet, und die nationalen Ochsen dadurch im Werthe herabsetzt. Häute mit Leder Dr., rufen Landwirth und Metzger!

Die Folgen der vom Fürsten Bismarck aufgestellten Theorie sind also doppelte Natur.

Erstens: Der Schuhmacher, Sattler, Riemer und Handschuhmacher sind zwar verpflichtet, inländisches Leder vorzugsweise zu verarbeiten, dafür können sie aber gleichfalls Schutz gegen die ausländische Konkurrenz verlangen. Sie sollen keine Maroquins mehr aus Paris beziehen, aber dafür dürfen auch keine Sättel und Schuhwaren von Wien mit den ihrigen konkurriren.

Zweitens muss man die Einfuhr fremder Häute möglichst verhindern, so

dass unter dem Schutze des Reiches nur deutsche Felle gegerbt werden.

Für uns gemeine Sterbliche ist es schwer, sich bis zum Gipfel des Genies, bis zur ledernen Höh' des Reichskanzlers emparzuschwingen; allein soviel sieht ein Blinder, dass die angestrebte allgemeine Vinculirung des deutschen Handels eine Herausforderung gegenüber der fremden Industrie bildet, die nothwendig zu Repressalien führen muss.

Die Bismarck'schen Briefe sind also die Einleitung des längst angekündigten Tarifkrieges, der Versuch einer umgekehrten Kontinentalsperr, bei welcher England alle Mächte auf seiner Seite, und nur Russland und Deutschland gegen sich haben wird.



Ein Tarifkrieg ist mir immer noch lieber als ein blutiger Krieg, und ich freue mich aufrichtig, wenn ich sehe, wie sehr die deutschen Offiziere über die Vorelligkeit entrüstet sind, mit welcher einige französische Chauvinisten aus der Affäre des Barons Sancy in Tunis geschwind einen Kriegsfall machen wollten.

Voyons! Haben die Organe Bismarck's nicht Recht, wenn sie erklären, dass man in unserem aufgeklärten Jahrhundert nicht sofort die Kanonen laden, sondern lieber die Vermittlung und Entscheidung eines Schiedsgerichtes anrufen soll?

Wegen einer geringfügigen Sache über das schwache Tunis hinfallen wollen wäre ungerecht und lächerlich!

Aber wie kommt es, dass die deutsche Diplomatie diese humanen Rathschläge,

die sie zu Gunsten des Bey's von Tunis ertheilt, nicht selbst befolgt, wenn sie sich mit diesem Bey von Tunis zu schaffen macht?

Wie lange ist es her, dass wir ein Kriegsschiff nach Tunis schickten, nicht etwa, weil unsere Flagge beleidigt, oder die Verträge verletzt waren, wie in dem vorfragenden Falle, sondern weil der Bey sich weigerte, dem Baron Erlanger in Paris die Wucherzinsen der tunesischen Anleihe zu zahlen!

Ich lasse die Frage bei Seite, ob der Bey von Tunis überhaupt verpflichtet war, den fälligen Coupon einzulösen! Er konnte die Einrede der Uebervorthailung geltend machen. Ohne Zweifel hat er dies auch gethan, da er in dieser Frage sein eigenes, so avvränner Richter war, und den Fall nach mohamedanischem Recht zu entscheiden hatte.

Allein Fürst Bismarck war anderer Meinung.

„Baron Erlanger ist deutscher Unterthan und speziell Frankfurter“, sagte er sich, „Ich wollte Frankfurt 1866 bombardiren lassen, weil die Stadt nicht schnell genug ihre Kriegskontribution aufbrachte; gegen Tunis kann ich unmöglich milder vorgehen. Ausserdem ist es schon lange her, dass ich eine Stadt in ihrem Fett schmoren sah.“



Ich konnte Kaufleute die in Russland für gelieferte Waaren schweres Geld zu fordern haben, und die, als sie um Zahlung baten, Knutenstriche erhielten. Wenn also der Kanzler die deutsche Kriegsmacht zur Eintreibung von Aussonständen deutscher Landsteute verwenden will; so hätte er dazu eine bequemere Gelegenheit als an der afrikanischen Küste, und ich frage mich, welcher Magnet ihn bestimmt hat, das Gute, das so nahe lag, in der Ferne zu suchen!

Freilich, Erlanger war durch das tudesische Anlehen nicht, wie jene Königsberger, Tilsiter und Thorner Kaufleute, ruiniert, — im Gegentheil — und wüsste durch einen geschickten Unterhändler die entscheidenden Argumente in Berlin geltend zu machen.

Wieviel der Unterhändler erhalten hat, weiss ich, und wieviel die Eintreibung des Coupons das Haus Erlanger und seine Mitgläubiger an Spesen im Ganzen gekostet hat, könnte ich wissen, wenn ich mich um solche Kleinigkeiten kümmerte.

Was mich freut, ist, dass der Bey noch bezahlt hat, bevor Blut vergossen wurde.

Unser herrlichen Wehreinrichtungen vorbrauchen schon im Frieden ein so stattliches Kapital von Menschenleben, dass kein Krieg nöthig ist, um eine

Uebervölkerung zu verhindern. Säbelaffäre in Düsseldorf, Messer-Heldenthaten in Bromberg, Ermordung eines Groises durch einen Soldaten in Königsberg, Pistolengerechtigkeit in Glogau, das ist das Resultat eines einzigen Tages. Unsere Zeitungen, wie sie diese tragischen Vorgänge so lakonisch melden, kommen mir vor, wie die Stadtchroniken des Mittelalters, die mit Duellen, Mordthaten und Hinrichtungen den ganzen Kalender von Neujahr bis Sylvester ausfüllen.

Die Kölnische Zeitung hat Recht, wenn sie ihren zartfühlenden Lesern die peinliche Lektüre aller dieser blutigen Geschichten erspart. Das verstimmt nur unnöthig. Seien wir vorichtig, fürchten wir Gott und die Patronillen, alles Weitere wird sich schon finden.

Ja, vielleicht, beim Auskehren,



Wenn ich wiederholt bewiesen habe, dass die Bismarck'schen Schutzzollprojekte an Wirksamkeit hoch hinter den Rheumatisusketteln zurückstehen, die wenigstens ihrem Erfinder gut thaten, so möchte ich um alle Welt nicht den Verdacht auf mich fallen lassen, als ob ich an die Heilkraft des Freihandels glaube.

Die Schutzzöllner sind eine Clique, aber die Freihändler sind auch nichts Anderes, und ich würde ihrer Fahne selbst dann nicht folgen, wenn sie hoch respektablere Fahnenträger hätten, als unseren Braun, der beim Freihandel vorzugsweise das Trinken fremder Biere und die Aneignung fremder Autorrechte im Sinne hat.

Wenn es sich beim Schutzzoll, anstatt um den Schutz der Ausbeutung, um den Schutz der Arbeiter handelte, so würde sich über die Sache reden lassen. Mit anderen Worten: ich könnte mir denken, dass ein Volk unter abnormen Um-

ständen, z. B. um eine freie und kollektive Nationalindustrie zu organisieren, für eine begrenzte, provisorische Zeitdauer und für bestimmte Industriezweige die Konkurrenz der ausländischen, an kapitalistischer Ausbeutung beruhenden Produktion durch Zölle balancierte.

Derartige Massregeln würden indess auch erst gerechtfertigt sein, wenn alle Versuche, den nöthigen Schutz im Vertragswege zu erlangen, gescheitert oder von vornherein aussichtslos wären.

Von diesen Voraussetzungen, die zwar nie Finanzzölle, wohl aber Schutzzölle vorübergehend rechtfertigen würden, trifft in unserem Fall keine einzige zu.

Bald sagt man uns, das Projekt, mittels dessen eine chinesische Mauer um Deutschland errichtet werden soll, sei ein Schutzzollsystem, bald betont man wieder, dass es im Gegentheil ein finanzielles Saugwerk sei.

Zudem sind die Motive, mit denen man es befürwortet, durchaus prinzipieller Art. Sie beanspruchen also beständige Gültigkeit und würden ebenso gebieterisch die Beibehaltung des Schutzzollsystems dort heischen, wo es besteht, als seine Einführung da, wo es nicht besteht.

Das Arcanum der Herrn Mohl, Baare, Bismarck und Genossen tritt also nicht in der Form eines gelegentlichen politischen Auskunftsmittels, sondern mit der Prätension der Wissenschaft oder vielmehr der Arroganz der Religion auf.

Schutzzollpflaster auf der einen Seite, Freihandelsprediger auf der anderen. Ich behaupte, dass sie alle beide — Klasseninteressen verfolgen.

Nur halte ich es für eine Pflicht, gerade den Charlatanismus, derjenigen von beiden zu entlarven, die jeweilig auf dem Regierungskarren sitzen und uns ihr volksbeglückendes Mittel appliciren wollen.



Wenn aber die Liebe der Reichskanzlei zum Volke wirklich so heiss ist, wie sie es schwört zu jeglicher Stund, ei, so will ich ihr ein Mittel angeden, wie sie meine giftigen Verdächtigungen ihres edeln Ströbens augenblicklich verstummen und alle Sozialisten in ihre treuesten Freunde verwandeln kann.

Die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen hat soeben an ihre Direktionen ein Rundschreiben über die Ausbildung von Lehrlingen in den Reparaturwerkstätten erlassen, welches wir nicht anstehen, für vorzüglich zu erklären.

Die Grundsätze, die in dieser Verfügung hinsichtlich der Erziehung der Lehrlinge aufgestellt werden, sind zwar selbstverständlich, und es sollte nicht erst gesagt zu werden brauchen, dass man die Lehrlinge nicht zu Handlangern oder Maschinen, sondern zu tüchtigen, vielseitig gebildeten Arbeitern machen

muss. Aber es wird in Bezug auf die Behandlung der Lehrlinge (selber selbst von manchen Arbeitern) so furchtbar gefrevelt, dass man ordentlich froh ist die Wahrheit von einer Stelle zu hören, wo sie nicht oft laut werden darf.

Was von den Reparaturwerkstätten gilt, das gilt von allen Fabriken und Werkstätten. Wenn es nöthig war, solche Vorschriften an die Werkführer und Ingenieure des Staates zu richten, um wie viel dringlicher ist es, sie den Privatunternehmern, die naturgemäss auf ihren Nutzen bedacht sind, aufzuzwingen?

Wir erwarten also eine Novelle zur Gewerbeordnung, welche diese Grundsätze zum allgemeinen Gesetz erhebt, mit den nöthigen Ausführungsgarantien. Das wäre ernsthafter, als die Galvanisirung des Innungszopfes, die Jagd auf Carnevalswaffen und der Feldzug gegen die Tingeltango, bei welchem letzteren

es schliesslich doch auch wieder nur auf ein neues Steuerobjekt abgesehen ist.

Das Reich erlasse ein solches Gesetz, überweise die Wahl der Fabrikinspektoren den Arbeitern, hebe das Sozialistengesetz auf, verkünde Amnestie und entschädige die Genossenschaften und Ausgewiesenen, — unter diesen Bedingungen wäre vielleicht, wer weiss? ein *modus vivendi* mit den Sozialisten möglich.

Doch ehe man! Ich rathe es aufrichtig, denn in sechs Monaten werden sie noch frechere Forderungen stellen.

Um zu beweisen, wie aufrichtig ich bin, ein Geständniss:

Ich bestritt seiner Zeit, Nobilität gekannt zu haben. Allein damals war ich gelangen, und das Sozialistengesetz war in Berathung. Ich übte einfach die vom Kanzler gepriesene Tugend der „politi-

schon Heuchelei! Heute ist das Gesetz in Kraft, und ich bin frei. Doppelter Grund, mit nachfolgenden Enthüllungen nicht länger zurückzuhalten.

Nobiling in Paris.

Es war im Juni 1877. Frankreich war durch das Unternehmen des 16. Mai in die tollste Verwirrung gesetzt worden. Eine Revolution stand vor der Thüre; man brauchte den Dingen nur ihren ruhigen Verlauf lassen. Der Herzog von Broglie hatte dem geheimen europäischen Revolutionskomite, das über seine Politik Aufklärung von ihm verlangte, telegraphirt: „Verlasst Euch auf mich; binnen sechs Monaten bin entweder ich futsch, oder Frankreich.“ Nach dieser Seite ging also Alles im schönsten Durcheinander. Auch sonst hatten wir uns über die Lage in den romanischen Ländern, Portugal allenfalls ausgenommen, nicht zu beklagen. In Spanien plünderte Don Carlos die Reisenden, als ob er sich als Gasthofbesitzer hätte ausbilden wollen; in

Italien, unterstützte die Geistlichkeit das Brigantenwesen, während die Deputirten und Regierungsmänner im Grossen stahlen.

Aber in Deutschland sah es dafür um so sauler aus. Alles war heiter und zufrieden. Jeden war stolz darauf, ein deutscher Reichsbürger zu sein. Die Geschäfte blühten, die Steuerzahler wollten ihre Abgaben, auf drei Jahre voraus entrichten, und verliessen betrübt die Einnehmerkassen, die das Geld zurückweisen mussten, weil sie keinen Platz mehr dafür hatten. Die Rekruten drängten sich zu den Kasernen und wollten bei Ablauf ihrer Dienstzeit nicht mehr nach Hause, um ein so glückliches Dasein, wie das militärische, bis an ihr Ende weiter zu führen.

Die Lehrer und anderen Beamten beschwerten sich über den Mangel an Arbeit und das zu üppige Loben, in Folge dessen sie so fettbauchig wurden. Deutschland war reich und glücklich im Innern und genoss Vertrauen und Achtung im Ausland. Wenn zwei Völker in Streit mit einander zu gerathen

drohten, so wandten sie sich zuerst um Rath und Vermittlung an den deutschen Reichskanzler, der nicht ruhte, bis es seinen versöhnlichen Bemühungen gelungen war, den Zwist friedlich beizulegen. Die Polen, Dänen und Elsass-Lotharinger waren ausser sich vor Wonne, in den deutschen Reichsverband aufgenommen zu sein, und widmeten dem Fürsten Bismarck als Zeichen ihres Vertrauens einen riesigen Destillirapparat, der echten Cognac erzeugt. Der Papst segnete das Zeitliche, also auch das deutsche Kaiserreich, und Windhorst unterhandelte mit Lasker über seinen Eintritt in die nationalliberale Partei, die immer grösser wurde. Da sah es übel aus um den Umsturz alles Bestehenden in Deutschland. Der Rückgang der Sozialdemokratie war unverkennbar. Wenn es noch eine Zeitlang so fortging, so schloß die ganze Bewegung ein. Es mußte etwas in Deutschland geschehen, das sagte sich jeder Parteigenosse.

So standen die Dinge im Sommer 1877, als eines schwülen Juli-Abends

in der Dämmerstunde ein Mann an meiner Thüre klingelte. Es mußte ein Mann sein, das kündete der scharfe, bestimmte Klingelzug an. Geschwind schob ich die revolutionären Ausrufe und Dekrete, mit deren Ausarbeitung ich eben beschäftigt war, in ein geheimes Schubfach meines Schreibtisches und griff nach irgend einem harmlosen Buche, wartend, bis das Mädchen die Thüre öffnen werde. Es war das „Communistische Manifest“ von Marx und Engels aus dem Jahre 1846, das mir zufällig in die Hand gerathen war, und wirklich eine unbedenklichere Lektüre als diese Schrift, wenn man den Masstab der heftigen Umsturzbestrebungen an dieselbe anlegt, hätte ich kaum finden können. „Erbchaftssteuer! Staatsbetrieb der Eisenbahnen! Progressive Einkommensteuer! Normalarbeitstag!“ Das verlangt ja heutzutage bereits ein Theil der Fortschrittspartei, das ist ja kaum Schaffles Programm! Das pure Zuckerwasser! Ich lächelte über die bescheidenen Anforderungen, die Wunders glaubten, wie rational sie seien, wenn sie so

selbstverständliche Dinge verlangten. Da sind wir heute doch weiter, sagte ich mir im Stillen, und überdachte die tiefgreifenden Umwälzungen, die die revolutionäre Partei im Schilde führt, und die Annehmlichkeiten der Barbarei, in der wir die alterschwache Europa verjüngen wollen. Während ich so in meinen besten Gedanken bin, klingelt es noch einmal. Das war offenbar noch derselbe Mann von soeben, denn die Art, die Klingel anzuziehen, war genau die nämliche wie vorhin. Ich erinnerte mich nun, dass ich allein zu Hause war und alle, um zu öffnen.

Es war bereits finster auf dem Flur. „Treten Sie ein, Herr Landsmann“, rief ich auf deutsch hinaus, und eine Gestalt näherte sich und überschritt die Schwelle.

Ich schloss die Thüre wieder, und hinter mir durchmass ein Mann von niedrigem Wuchs, in einen Mantel gehüllt, den Corridor. In den Salon tretend, legte er den Mantel auf einen Sessel und ein rundes, von einem Vollbart eingerahmtes Gesicht blickte mich

durch zwei grosse Brillengläser prüfend an.

„Woher wussten Sie denn, dass ich ein Deutscher bin?“ fragte nach einer Pause der Fremde.

„Das war leicht zu merken“, erwiderte ich; ein unruhiger Franzose wäre längst wieder fortgelaufen, und ein Engländer hätte rascher zum zweiten Mal geklingelt. Nur der Deutsche übt vor den Thüren die Tugend der Geduld. Doch bitte, nehmen Sie Platz.“

Der Unbekannte setzte sich jedoch nicht auf das Sopha, das ich ihm angewiesen hatte, sondern blieb stehen, drehte den Kopf nach links und sprach, mit von mir abgewandtem Gesichte, und in dumpfem Tone:

„Sie sind Bürger Carl Hirsch?“

Ich bejahte.

„Ich habe Ihnen Grässe auszurichten.“

„Von Mariä länd?“

„Von welcher Mariä länd?“ fragte er, nunmehr mir zugewandt und mit scharf anblickend.

Ich antwortete mit scharfer Beton-

Unten stiegen vier Männer aus einer Droschke und kamen herauf. Ich öffnete ihnen, liess sie in den Salon eintreten und hiess sie Platz nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Breda, 11. Januar 1878.

Carl Hirsch.

Briefkasten

„Nelko“: 80 Mark erhalten.

August u. Johannes: 2 Mark 40 P. in Briefmarken erhalten.

Für die nothleidenden Familien.

Gesammelt im V. S. V. 5 Fr. 87 c. — Von H.

2 Fr. — Un socialista 25 c. — Bertrand 80 c.

— Bogaert 25 c. — P. Antes 50 c. — C. Schadtke

1 Fr. — Schultz 1 Fr. — E. A. 2 Fr. — Von

Parteigenossen in Paris, erste Rate 180 fr.

Zusammen 40 Mark und 198 Fr. 12 c.

Herausgeber Fr. Goetschäck. — Brüssel.